

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

18. April 2018

Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

**Zweijahresbericht
des Generalsekretärs des Europarats an die Parlamentarische Versammlung**

Mitteilung
Generalsekretär

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
I. Überwachung der Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten	3
II. Unterstützung der Vertragsstaaten bei der Umsetzung der Charta.....	7
III. Unterstützung der Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung der Charta	7
1. Georgien	8
2. Republik Moldau.....	9
3. Weißrussland	10
Anhang 1	12
Von der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützte Sprachen.....	12
Anhang 2	17
Unterschriften und Ratifizierungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	17
Anhang 3	19
Vertragsstaaten der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und ihre Regional- oder Minderheitensprachen	19

Einleitung

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen („die Charta“ oder „die ECRML, SEV Nr. 148) ist das einzige internationale rechtlich bindende Instrument zum Schutz und zur Förderung herkömmlicher oder traditionell gebrachter Regional- und Minderheitensprachen. Die Bewahrung von Regional- und Minderheitensprachen erfordert deren Gebrauch in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens. Auf Basis des Grundsatzes „Förderung durch Gebrauch“ erlegt die Charta ihren Vertragsstaaten rechtliche Pflichten auf, den wirksamen Gebrauch der Regional- und Minderheitensprachen in den Bereichen Bildung, Justiz, Verwaltung und öffentlicher Dienst, Medien, Kulturaktivitäten und -einrichtungen, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicherzustellen und zu fördern. Die Anwendung der Charta wird von einem unabhängigen Sachverständigenausschuss überwacht.

Die Charta wurde am 5. November 1992 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 1. März 1998 in Kraft. Bisher haben die folgenden 25 Staaten die Charta ratifiziert: Armenien, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Finnland, Kroatien, Liechtenstein, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Weitere acht Staaten haben die Charta unterzeichnet.¹ Sechs Staaten haben sich zur Ratifizierung verpflichtet, als sie dem Europarat beitraten, haben diese aber bisher nicht durchgeführt (Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau, Russische Föderation und die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“).

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 16 (5) der Charta ist der Generalsekretär verpflichtet, alle zwei Jahre der Parlamentarischen Versammlung einen Bericht über die Anwendung der Charta vorzulegen. Der vorliegende neunte Zweijahresbericht deckt den Zeitraum 2016 und 2017 ab.²

In diesem Zeitraum hat das *Monitoring* der Anwendung der Charta neue positive Einflüsse der Charta auf den rechtlichen Status und die tatsächliche Situation der Regional- und Minderheitensprachen in Europa ans Licht gebracht, aber auch ausstehende Herausforderungen bei der Umsetzung des Übereinkommens aufgezeigt (siehe Teil I). Gleichzeitig hat der Sachverständigenausschuss für die Charta seine Arbeit eng mit dem Beratenden Ausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) abgestimmt. Diese Zusammenarbeit wurde besonders deutlich am parallel stattfindenden Monitoring-Besuch der drei Gremien in der Ukraine im November 2016. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten *Unterstützung* im Hinblick auf die Anwendung der Charta (siehe Teil II) und deren Ratifizierung (Teil III) erhalten.

I. Überwachung der Anwendung der Charta in den Vertragsstaaten

1. Regelmäßiges Monitoring

Das Monitoring-Verfahren der Charta besteht aus mehreren Phasen: Einreichung eines Länderberichts alle drei Jahre, Besuche im fraglichen Staat durch den Sachverständigenausschuss, Einreichung der

¹ Aserbaidschan, Frankreich, Island, Italien, Malta, die Republik Moldau, die Russische Föderation und die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, siehe Anhang 2.

² Der erste Zweijahresbericht wurde der Parlamentarischen Versammlung 2000 (Dok. 8879) vorgelegt, der zweite 2002 (Dok. 9540), der dritte 2005 (Dok. 10659), der vierte 2007 (Dok. 11442), der fünfte 2009 (Dok. 12300), der sechste 2011 (Dok. 12881), der siebte 2014 (Dok. 13436) und der achte 2016 (Dok. 13933). Diese Berichte stehen auf der Webseite der Charta (www.coe.int/minlang) in englischer, französischer, deutscher, italienischer und russischer Sprache zur Verfügung.

Stellungnahmen von NRO, Annahme des Prüfberichts durch den Sachverständigenausschuss und anschließende Vorlage bei den nationalen Stellen zur Kommentierung, Übermittlung des Prüfberichts und der Kommentare des Staates an das Ministerkomitee, Annahme der Empfehlung des Ministerkomitees und abschließend die Veröffentlichung des Prüfberichts und der Empfehlung.

In den letzten Jahren waren beträchtliche Verzögerungen bei der Vorlage des alle drei Jahre einzureichenden Länderberichts zu verzeichnen. Dies führt zur Beeinträchtigung des gesamten Monitoring-Verfahrens. Die fristgerechte Vorlage der nationalen Berichte ist eine Voraussetzung für ein effizientes Monitoring durch den Sachverständigenausschuss und somit die wirksame Umsetzung der Charta.

i) Monitoring-Zyklus während des Bezugszeitraums

2016 und 2017 erreichte das Ministerkomitee mit dem Abschluss des 7. Monitoring-Zyklus für einige Staaten wichtige Meilensteine. Das Ministerkomitee nahm die folgenden Empfehlungen in Bezug auf die jeweiligen Prüfberichte des Sachverständigenausschusses an und veröffentlichte diese:³

- 20. Januar 2016, Spanien, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)1](#), vierter Prüfbericht
- 27. April 2016, Slowakische Republik, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)2](#), vierter Prüfbericht
- 27. April 2016, Serbien, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)3](#), dritter Prüfbericht
- 5. Oktober 2016, Bosnien-Herzegowina, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)4](#), zweiter Prüfbericht
- 14. Dezember 2016, Ungarn, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)5](#), sechster Prüfbericht
- 14. Dezember 2016, Schweiz, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)6](#), sechster Prüfbericht
- 14. Dezember 2016, Niederlande, [Empfehlung CM/RecChL\(2016\)7](#), fünfter Prüfbericht
- 10. Mai 2017, Schweden, [Empfehlung CM/RecChL\(2017\)1](#), sechster Prüfbericht
- 10. Mai 2017, Armenien, [Empfehlung CM/RecChL\(2017\)2](#), vierter Prüfbericht
- 27. September 2017, Montenegro, [Empfehlung CM/RecChL\(2017\)3](#), vierter Prüfbericht
- 25. Oktober 2017, Dänemark, [Empfehlung CM/RecChL\(2017\)4](#), fünfter Prüfbericht

Wie seit 2001 regelmäßig der Fall, haben die Empfehlungen, die das Ministerkomitee an die Vertragsstaaten gerichtet hat, im Allgemeinen mit den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses in seinen Prüfberichten übereingestimmt. Diese Verfahrensweise stellt eine wichtige Unterstützung für den unabhängigen Monitoring-Mechanismus dar.

Die Prüfberichte des Sachverständigenausschusses zeigen, dass die Charta und ihr Monitoring-Mechanismus weiterhin einen positiven Einfluss auf die Situation der Regional- oder Minderheitensprachen in Europa haben. Andererseits sehen sich die Vertragsstaaten bei der Anwendung der Charta immer noch mit Problemen konfrontiert. Die folgende Übersicht⁴ listet die größten Herausforderungen auf, die vom Ministerkomitee und vom Sachverständigenausschuss im Zusammenhang mit den oben genannten Prüfberichten identifiziert wurden:

- *Spanien*: seine Gesetzgebung mit dem Ziel ändern, klarzustellen, dass die straf-, zivil- und verwaltungsgerichtlichen Stellen in den autonomen Gemeinden ihre Verfahren in Aranesisch, Baskisch, Katalanisch/Valenzianisch bzw. Galizisch durchführen können, und sicherstellen, dass die Gerichtsangestellten über entsprechende Sprachkenntnisse dieser zusätzlichen Amtssprachen verfügen,

³ Die Prüfberichte und die damit verbundenen Empfehlungen des Ministerkomitees sind erhältlich unter www.coe.int/minlang.

⁴ Die Darstellung erfolgt chronologisch nach Veröffentlichung der Berichte (siehe oben).

und den Gebrauch dieser Sprachen in der staatlichen Verwaltung der autonomen Gemeinden und bei den Gesundheitsdiensten sicherstellen.

- *Slowakische Republik:* die Mindestgrenze von 20% senken, die den Gebrauch von Minderheitensprachen im Bereich der Verwaltung regelt, das Unterrichten in allen sowie das Unterrichten aller Minderheitensprachen auf alle geeigneten Bildungsstufen ausweiten, die Unterstützung von Fernseh-, Radio- und Zeitungsangeboten in allen Minderheitensprachen ausweiten und flächendeckend beginnen, Roma-Kindern Sprachunterricht in Romani zu erteilen.
- *Serbien:* die Lehrerausbildung stärken und geeignetes Unterrichtsmaterial für alle Minderheitensprachen bereitstellen, auf allen Bildungsstufen Sprachkurse und Unterricht in Tschechisch, Deutsch und Mazedonisch anbieten, ein geeignetes Angebot in Romani in der Bildung einrichten und den Gebrauch aller Minderheitensprachen in der Verwaltung stärken, indem es diese im behördlichen Bereich in den Kommunen einsetzt.
- *Bosnien-Herzegowina:* Mittel und Wege für das Unterrichten von Minderheitensprachen bereitstellen, veranlassen, dass öffentliche Radio- und Fernsehstationen Programme in den Minderheitensprachen anbieten, und die traditionellen Ortsnamen in den Minderheitensprachen annehmen und verwenden.
- *Ungarn:* die zweisprachige Bildung auf alle Stufen ausweiten und damit einhergehend die Zahl der Lehrkräfte ausbauen, die Fächer in den Minderheitensprachen unterrichten können, den Unterricht von Romani und Beás verbessern, Sprecher der Minderheitensprachen ermutigen, diese in ihrem Umgang mit Justiz- und Verwaltungsbehörden zu verwenden, und das Angebot von Fernsehprogrammen in den Minderheitensprachen weiter ausbauen.
- *Schweiz:* weiterhin den Gebrauch des Italienischen in der Kantonsverwaltung fördern, sicherstellen, dass die Zusammenlegung von Gemeinden nicht den Gebrauch von Romanisch behindert, und spezifische Gesetzestexte verabschieden, die den Gebrauch von Deutsch in den Kantonen Jura und Tessin regeln.
- *Niederlande:* weiterhin das Unterrichten von Friesisch und auf Friesisch in allen Bildungsstufen ausbauen, dem Unterrichten von Limburgisch und Niedersächsisch einen Status als reguläre Schulfächer verleihen und das Bildungsangebot in diesen Sprachen ausweiten, und Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Romanes und Jiddisch ergreifen.
- *Schweden:* die Bildungsangebote in und von allen nationalen Minderheitensprachen stärken, insbesondere durch Ausweitung der zweisprachigen Bildung in Finnisch und Sami, eine zweisprachige Bildung in Schwedisch und Meänkieli einführen und ein System der Lehrerausbildung in den Minderheitensprachen, einschließlich Romani und Jiddisch, entwickeln.
- *Armenien:* den Gebrauch von Assyrisch, Griechisch, Kurdisch und Jesidisch in der Vorschulbildung fördern und das Angebot ausweiten, diese Sprachen in der Primar- und Sekundarstufe zu unterrichten, Bestimmungen erlassen, damit öffentliche Radiostationen Programme in diesen Sprachen anbieten, und angemessene Mittel für kulturelle Aktivitäten und für die Verbände von Minderheiten bereitstellen, um die Förderung aller Regional- oder Minderheitensprachen zu gewährleisten.
- *Montenegro:* eine strukturierte Politik ausarbeiten, die die Anwendung der Charta in allen Teilen des Landes gewährleistet, in denen es eine ausreichende Zahl von Sprechern von Albanisch, Romani,

Bosnisch oder Kroatisch gibt, und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Gebrauch von Romani in der Bildung sicherzustellen, insbesondere durch die Bereitstellung von Lehrerausbildung und Unterrichtsmaterialien.

- *Dänemark*: die Radiosendungen in Deutsch ausweiten, Fernsehsendungen in dieser Sprache anbieten und Maßnahmen ergreifen, um das Bewusstsein und die Anerkennung von Deutsch als Minderheitensprache in Dänemark im ganzen Land zu steigern.

ii) *Arbeitsmethoden: Herausforderungen und Entwicklungen*

Auf seiner 56. Sitzung im März 2017 hat der Sachverständigenausschuss einen neuen Aufbau seiner Prüfberichte vorgestellt. Der neue Aufbau verkürzt die Berichte und gewährleistet eine kompakte Präsentation der Monitoring-Erkenntnisse. Das allgemeine Ziel dieser Reform lautet, die Behörden und die Sprachgruppen beim Umsetzungsprozess zu unterstützen, indem man ihnen klar verständliche Schlussfolgerungen zum Stand der Umsetzung jeder Verpflichtung und damit einhergehende Listen vorrangiger Empfehlungen aushändigt. Die Liste der Empfehlungen könnte die Entwicklung gezielter Kooperationsprojekte ebenfalls signifikant erleichtern.

Der 20. Jahrestag des Inkrafttretens der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bietet für alle an dem Prozess beteiligten Akteure – von den Mitgliedstaaten bis zum Sachverständigenausschuss und dem Sekretariat – die Gelegenheit, Mittel und Wege zu prüfen, um die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden, wie etwa die beträchtlichen Verzögerungen bei der Vorlage der alle drei Jahre einzureichenden Länderberichte, und um zu analysieren, wie der Monitoring-Mechanismus besser an die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts und bestehende Bedürfnisse angepasst werden kann.

2. Ad-hoc-Monitoring

Laut Artikel 19 der Geschäftsordnung des Sachverständigenausschusses können Mitglieder des Sachverständigenausschusses, auf Wunsch des Ministerkomitees oder des Generalsekretärs, an ad-hoc-Missionen teilnehmen, einschließlich Missionen, die als rasche Reaktion auf signifikante Veränderungen in der Politik, Gesetzgebung oder Praxis eines Staates durchgeführt werden, die eventuell negative Auswirkungen auf die Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen haben könnten. Die Möglichkeit von ad hoc-Missionen ermöglicht dem Sachverständigenausschuss, auf Notsituationen und aktuelle Angelegenheiten mit dem Ziel zu reagieren, die Wirksamkeit des Europarats in diesen Fällen zu verbessern.⁵

Darüber hinaus ist der Sachverständigenausschuss auch dazu berechtigt, entweder auf Eigeninitiative oder aufgrund eines entsprechenden offiziellen Ersuchens, zwischen zwei Monitoring-Zyklen eine Überprüfung aktueller Angelegenheiten vorzunehmen. Während des Berichtszeitraums hat der Sachverständigenausschuss diese Möglichkeit drei Mal in Anspruch genommen: Die Fälle betrafen die Entscheidung, keine zweisprachigen Schilder an offiziellen Institutionen und Straßen anzubringen, die Einstellung von Rundfunkprogrammen in einer Reihe von Minderheitensprachen, die für die betreffenden nationalen Minderheiten als wichtig erachtet wurden, und die Kündigung einer

⁵ Siehe in diesem Zusammenhang: State of democracy, human rights and the rule of law in Europe. An analysis of democracy, human rights and the rule of law in Europe, based on the findings of the Council of Europe monitoring mechanisms and bodies, SG(2014)1, S. 8.

Vereinbarung zur Finanzierung eines Instituts, das als Eckpfeiler für die Förderung einer Minderheitensprache in der höheren Bildung und Forschung diene.⁶

II. Unterstützung der Vertragsstaaten bei der Umsetzung der Charta

Der Europarat unterstützt die Staaten bei der Umsetzung der Charta und der Monitoring-Empfehlungen durch *Runde Tische zur Umsetzung der Charta*. An diesen Veranstaltungen nehmen Vertreter der nationalen Minderheiten sowie der nationalen Stellen teil, und sie werden von einem Mitglied des Sachverständigenausschusses moderiert. Ziel ist es, sich auf konkrete Schritte für die Umsetzung der vom Sachverständigenausschuss und vom Ministerkomitee herausgegebenen Empfehlungen zu einigen. In den vergangenen zwei Jahren wurden Aktivitäten zur Unterstützung der Vertragsstaaten bei der Umsetzung der Charta in Deutschland organisiert.

Die Runden Tische zur Umsetzung der Charta und vergleichbare Nachbereitungsaktivitäten fördern die Umsetzung der Charta und tragen zur Institutionalisierung des Dialogs mit den betreffenden nationalen Minderheiten bei. Allerdings sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die vollständige Umsetzung der Charta zu gewährleisten. Mittelfristig könnte der Europarat eine unmittelbarere Rolle bei der tatsächlichen Umsetzung der Charta-Bestimmungen und Monitoring-Empfehlungen vor Ort spielen. Kooperationsprojekte, die sich mit den wichtigsten Herausforderungen befassen, die vom Sachverständigenausschuss identifiziert wurden, sollten umgehend nach der Veröffentlichung des jeweiligen Prüfberichts den anderen Staaten zur Verfügung gestellt und eine reguläre Komponente des Monitoring-Mechanismus werden.

III. Unterstützung der Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung der Charta

Der Europarat ist die führende internationale Organisation im Bereich rechtlich verbindlicher Standards für den Schutz nationaler Minderheiten und die Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sind Referenzrahmen für die Europäische Union (EU), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Vereinten Nationen (UN), deren Allgemeine Periodische Überprüfungsverfahren (engl. Universal Periodic Review/UPR) sich regelmäßig auf die Monitoring-Empfehlungen in Bezug auf die Charta beziehen. Insbesondere die EU spricht die Frage der ausstehenden Ratifizierungen bei ihren bilateralen Beziehungen mit den betreffenden Staaten an (zum Beispiel im Rahmen von Beziehungen, Vereinbarungen und Aktionsplänen).

Dennoch hat in den letzten zwei Jahren kein weiterer Staat die Charta und das Rahmenübereinkommen ratifiziert oder unterzeichnet.⁷ Es daher nötig, den Schutzzumfang für nationale Minderheiten und deren Sprachen in ganz Europa auszudehnen.⁸ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass sechs Staaten, die sich bei ihrem Beitritt zum Europarat zur Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta verpflichtet haben, dies bisher noch nicht getan haben. Zwei von ihnen haben jedoch während des

⁶ Die Fälle betreffen Kroatien, Serbien und Deutschland.

⁷ Dem Sekretariat der Charta ist bewusst, dass Maßnahmen ergriffen werden, um den Schutz von Sprachenrechten in einigen Staaten weiter zu untersuchen, was zu weiteren Schritten im Hinblick auf eine Prüfung der Unterzeichnung und/oder Ratifizierung des Instruments in der Zukunft führen könnte.

⁸ Im Jahr 2015 hat das Ministerkomitee Mitgliedstaaten, auf deren Hoheitsgebiet keine Regional- oder Minderheitensprachen gebraucht werden (Andorra, Irland, Island, Malta, San Marino), dazu aufgefordert, dem Beispiel Liechtensteins und Luxemburgs zu folgen und die Charta als Akt der Solidarität zu ratifizieren.

Berichtszeitraums Maßnahmen zur Vorbereitung der Ratifizierung eingeleitet (siehe unten).⁹

Die Flexibilität, die durch den *à la carte*-Ansatz der Charta gewährt wird, lässt maßgeschneiderte Lösungen für spezifische Bedenken zu, die die Staaten in Bezug auf die Ratifizierung haben könnten. Der Europarat steht mit juristischem Fachwissen bereit, bei der Vorbereitung der Ratifizierungsurkunden mögliche Hürden für die Ratifizierung zu berücksichtigen und auszuräumen.

Die Unterstützung der Staaten bei der Vorbereitung der Ratifizierung (Rechtsberatung, Kapazitätsausbau, Aufklärung) wird im Rahmen der Gemeinsamen Programme von Europarat/EU bereitgestellt (siehe unten). Die Umsetzung Gemeinsamer Programme könnte gewiss zur Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zur Ratifizierung der Charta beitragen.

Während des Berichtszeitraums haben zwei Mitgliedstaaten sowie Weißrussland Schritte für die Vorbereitung der Ratifizierung eingeleitet:

1. Georgien

Als Georgien 1999 dem Europarat beitrug, hat es sich zur Ratifizierung der ECRML bis zum 27. April 2000 verpflichtet. 2013, nach einem Antrag auf Expertenunterstützung seitens der georgischen Stellen, haben die georgische hochrangige interministerielle Kommission für die ECRML und Experten des Europarats einen detaillierten Entwurf der Ratifizierungsurkunde verfasst, die 15 Sprachen abdeckt.¹⁰ Zur weiteren Vorbereitung der Ratifizierung der ECRML und deren Umsetzung wurde das Projekt von Europarat/EU „Civic Integration of National Minorities in Georgia and the European Charter for Regional or Minority Languages“ (Zivile Integration nationaler Minderheiten in Georgien und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen) in den Aktionsplan des Europarats für Georgien 2013-2015 aufgenommen und von 2015 bis 2017 umgesetzt.

Eine der Zielsetzungen der laufenden Reform des Europarats lautet, den Mitgliedstaaten nicht nur Menschenrechtsstandards und deren *Monitoring* anzubieten, sondern darüber hinaus auch *Unterstützung* bei der Umsetzung dieser Standards und der Empfehlungen, die von den Monitoring-Gremien ausgesprochen werden. Das bereits erwähnte Projekt hat zu diesen drei Eckpfeilern beigetragen, da seine Aktivitäten auf den ECRML-Bestimmungen und den vom Beratungsausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ausgesprochenen Empfehlungen basieren.

Die durch das Monitoring gewonnenen Erkenntnisse bestätigen, dass sich die nationalen Minderheiten in Georgien ihrer Minderheitenrechte nicht vollumfänglich bewusst sind. Aus diesen Grund wurde zweisprachiges Infomaterial in Georgisch und den Minderheitensprachen verfasst und bei Infoveranstaltungen verteilt, die in ganz Georgien für alle Sprachengruppen organisiert wurden.

In der Bildung wird das Unterrichten der Geschichte und Kultur nationaler Minderheiten durch die Tatsache beschränkt, dass Lehrbücher diese Themen nur unzureichend behandeln und in einigen Fällen Minderheiten auf stereotype Weise darstellen. Zur Bekämpfung dieser Stereotypen¹¹ wurden spezifische Aufklärungsunterlagen in Kooperation mit den nationalen Stellen, nationalen Minderheiten und

⁹ Albanien, Aserbaidschan, Georgien, „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Republik Moldau, Russische Föderation.

¹⁰ Siehe achter Zweijahresbericht, 2006, Doc 13933.

¹¹ Wie in der zweiten Stellungnahme zu Georgien vom Beratungsausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten empfohlen, ACFC/OP/II(2015)001, Abs. 95.

Experten entwickelt, die den kulturellen Beitrag jeder nationalen Minderheit in objektiver Weise beschreiben. Diese Unterlagen wurden an alle öffentlichen Institutionen, Entscheidungsträger und an alle Sekundarschulen in Georgien verteilt, wo sie als ergänzendes Unterrichtsmaterial eingesetzt werden.

Zur Steigerung der Sichtbarkeit dieses kulturellen Erbes und der damit verbundenen Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit wurden Gebäude, die von Personen errichtet wurden, die nationalen Minderheiten angehören, in georgischer Sprache und der/den entsprechenden Minderheitensprachen beschriftet. Diese Hinweise und die damit einhergehenden Veröffentlichungen zeigen der georgischen Öffentlichkeit nicht nur, dass verschieden bekannte Gebäude, insbesondere in Tiflis, tatsächlich von Menschen gebaut wurden, die nationalen Minderheiten angehören, sondern unterstützen darüber hinaus auch den Tourismus.

Im Hinblick auf die qualitative Verbesserung der Bildungsangebote in Minderheitensprachen¹² wurden Lehrbücher in 13 Minderheitensprachen herausgegeben. Im Fall der Sprachgruppen Armenisch, Aserbaidschanisch und Russisch unterstützen diese Lehrmaterialien die Kinder auch darin, ihre Sprachkenntnisse in Georgisch zu verbessern. Des Weiteren wurde, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft, eine mehrsprachige Informationskampagne durchgeführt, die Eltern dazu ermutigt, ihre Kinder an Schulen anzumelden, an denen Minderheitensprachen unterrichtet werden.

Zur Erleichterung des Gebrauchs von Minderheitensprachen bei Gericht wurden die wichtigsten nationalen Gesetze und jene, die sich auf nationale Minderheiten beziehen, in die Minderheitensprachen übersetzt. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium eine georgische Übersetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen verfasst.

Da die Annahme und der Gebrauch traditioneller Ortsnamen in Minderheitensprachen eine Bestätigung der lange bestehenden Präsenz nationaler Minderheiten in Georgien ist und wichtig für deren öffentliche Wahrnehmung, wurde Unterstützung für die Annahme historischer Ortsnamen sowie das Aufstellen von Ortsschildern gewährt.¹³

In den georgischen Medien gibt es nur eine unzureichende Unterstützung für die wenigen Zeitungen in Minderheitensprachen. Aus diesem Grund haben Minderheitenzeitungen Hilfen erhalten, um ein journalistisches Training für Schüler an Sekundarschulen durchzuführen, die Minderheitensprachen unterrichten.¹⁴

Zur Fortführung und Ausweitung der oben erwähnten Aktivitäten haben Georgien und der Europarat vereinbart, ein Nachbereitungsprojekt in den Aktionsplan des Europarats für Georgien 2016-2019 aufzunehmen. Dieses regionale Projekt wird von der EU im Rahmen der Partnerschaft für gute Governance (PGG) finanziert und deckt auch Aktivitäten zur ECRML in der Republik Moldau und Weißrussland ab (siehe unten).

2. Republik Moldau

2012 verfasste eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der moldawischen Stellen, nationalen

¹² Wie empfohlen *ibid.*, Abs. 87, 90.

¹³ Wie empfohlen *ibid.*, Abs. 82, 85, 86.

¹⁴ Wie empfohlen *ibid.*, Abs. 67, 70.

Minderheiten sowie aus moldawischen Experten und Experten des Europarats einen detaillierten Entwurf der Ratifizierungsurkunde.¹⁵ Dieses Dokument enthält die ausgewählten ECRML-Bestimmungen, die Moldau beabsichtigt, auf die Sprachen Bulgarisch, Ukrainisch, Gagausisch, Deutsch, Polnisch, Romani, Russisch und Jiddisch anzuwenden.¹⁶ 2016 stimmten die moldawischen Stellen einem Vorschlag des Europarats zu, den Ratifizierungsprozess durch einen Kapazitätsausbau in Pilot-Gemeinden zu unterstützen und den Vorschlag in den Aktionsplan des Europarats für die Republik Moldau 2017-2020 aufzunehmen. Die Pilot-Gemeinden wurden zusammen mit dem Europarat von den nationalen Stellen auf Grundlage der Vorschläge ausgewählt, die von jeder der acht oben erwähnten nationalen Minderheiten eingereicht wurden.¹⁷ Die Aktivitäten starten 2018 im Rahmen des oben erwähnten regionalen Projekts mit der EU.

3. Weißrussland

Laut Artikel 20 (1) der ECRML kann „das Ministerkomitee des Europarats jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats einladen, der Charta beizutreten“. Weißrussland hat sein Interesse bekundet, einigen der Verträge des Europarats beizutreten, einschließlich der ECRML. Aus diesem Grund enthält der vom Ministerkomitee angenommene Aktionsplan des Europarats für Weißrussland 2016-2017 vorausschauend die Bestimmungen der ECRML, die auf Weißrussland anwendbar sind.¹⁸ Auf dieser Grundlage schließt der Programmatische Kooperationsrahmen der Östlichen Partnerschaft von Europarat/EU 2015-2017 das Projekt „Förderung der Standards der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Weißrussland“ ein. Sein Hauptziel ist es, den Bekanntheitsgrad der ECRML zu steigern, die Erfahrungen anderer Staaten mit der Umsetzung der ECRML zu studieren, insbesondere jene mit Weißrussisch als Minderheitensprache, und die nationalen Stellen in Weißrussland zu unterstützen, rechtliche Szenarien für den möglichen Beitritt des Landes zu diesem Übereinkommen zu prüfen.

2016 und 2017 führten weißrussische Experten und Experten des Europarats zusammen mit nationalen Minderheitenverbänden, dem Außenministerium und anderen nationalen und lokalen Stellen eine umfassende Analyse der weißrussischen Gesetzgebung in Bezug auf nationale Minderheiten und die relevante Praxis zur Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen durch, die traditionell in Weißrussland gesprochen werden (Estnisch, Deutsch, Lettisch, Litauisch, Polnisch, Romani, Tatarisch, Ukrainisch und Jiddisch). Nach dieser Analyse identifizierte eine spezialisierte Arbeitsgruppe die Bestimmungen der ECRML, die der Situation in Weißrussland entsprachen. Nach einer zusätzlichen Prüfung durch die zuständigen Stellen bestätigte das Außenministerium die Ergebnisse im August 2017. Weißrussland regelt nun die Kernelemente (Liste der Verpflichtungen) einer möglichen Ratifizierungsurkunde für die ECRML und ist aus fachlicher Sicht bereit für den Beitritt zu diesem Übereinkommen.

Parallel dazu wurden Aufklärungskampagnen (Runde Tische, Produktion und Verteilen von Infomaterial) mit dem Ziel organisiert, Vertreter nationaler Minderheiten und nationale Stellen über die ECRML und europäische beste Praxisbeispiele im Bereich der Förderung von Minderheitensprachen zu informieren.

¹⁵ Siehe achter Zweijahresbericht, 2006, Doc 13933.

¹⁶ Vierter Bericht, eingereicht für die Republik Moldau gemäß Artikel 25 (2) des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, ACFC/SR/IV(2015)005, S. 20-21.

¹⁷ Siehe die Kommentare der Regierung der Republik Moldau zur Vierten Stellungnahme zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch die Republik Moldau, GVT/COM/IV(2017)001, S. 20.

¹⁸ Siehe Dokument GR-DEM(2016)20 vom 4. Oktober 2016, S. 9.

Darüber hinaus haben lokale Stellen in Weißrussland, koordiniert vom Außenministerium, und Experten über 60 touristische Wahrzeichen für das kulturelle Erbe der nationalen Minderheiten zusammengestellt (z. B. Synagogen, Kirchen, Schlösser, Burgen). Diese Objekte sollen mit Schildern in mehreren Sprachen ausgewiesen werden, mit dem Ziel, das Bewusstsein für den kulturellen Beitrag dieser Gruppen und die Sichtbarkeit der Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Wie oben bereits erwähnt, werden die Aktivitäten in Weißrussland als länderspezifische Komponente eines regionalen Projekts von Europarat/EU und im Rahmen des Aktionsplans des Europarates für Weißrussland im Jahr 2018 fortgesetzt.

Der Europarat unterhält umfangreiche Arbeitsbeziehungen zu Organisationen, u.a. FUEN, NLPD und ELEN, und hat sich an einer Reihe von Veranstaltungen von begünstigten Parteien oder in Staaten beteiligt oder diese mitorganisiert, die bisher noch nicht der Charta beigetreten sind. Es wurden weitere Kontakte zu internationalen Organisationen geknüpft, u.a. der UNESCO, um deren Roadmap-Veranstaltung „Endangered languages“ (Gefährdete Sprachen) zu diskutieren und zu der ein Vertreter der Charta im Dezember 2017 nach Paris eingeladen wurde, um Synergien zwischen den beiden Organisationen zu entwickeln.

Anhang 1

Von der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützte Sprachen

Stand: 1. Januar 2018

Sprache	Vertragsstaat	Schutzumfang gemäß Charta (für die jeweilige Sprache geltende Artikel)
Albanisch	Bosnien und Herzegowina Montenegro Rumänien Serbien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Aragonesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)
Aranesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Armenisch	Zypern Ungarn Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Assyrisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Asturisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)
Baskisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Beasch	Ungarn	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Bosnisch	Montenegro Serbien	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Bulgarisch	Ungarn Rumänien Serbien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Bunjewakisch	Serbien	Teil II (Artikel 7)
Dänisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Deutsch	Armenien Bosnien und Herzegowina Kroatien Tschechische Republik Dänemark Ungarn Polen Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Schweiz Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Finnisch	Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Frankoprovenzalisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7)
Französisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7)
Friesisch	Niederlande	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Gagausisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)

Galicisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)*
Griechisch	Armenien Ungarn Rumänien Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Inarisamisch	Finnland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Irish	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Istrorumänisch	Kroatien	Teil II (Artikel 7)
Italienisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien Rumänien Slowenien Schweiz	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Jenisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7)
Jesidisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Jiddisch	Bosnien und Herzegowina Finnland Niederlande Polen Rumänien Slowakei Schweden Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Karaimisch	Polen Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Karelisch	Finnland	Teil II (Artikel 7.5)
Kaschubisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Katalanisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* ¹⁹
Kornisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Krimtatarisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Krimtschakisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7)
Kroatisch	Österreich ²⁰ Tschechische Republik ²¹ Ungarn Montenegro Rumänien Serbien Slowakei Slowenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Kurdisch	Armenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Kvenisch/Finnisch	Norwegen	Teil II (Artikel 7)
Ladino	Bosnien und Herzegowina	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Lemkisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Leonesisch	Spanien	Teil II (Artikel 7)

¹⁹ In einigen Teilen des Staates wird die genannte Sprache nur von Teil II geschützt, während sie in anderen Teilen auch unter Teil III fällt. In der vorliegenden Tabelle sind diese Fälle mit einem Sternchen versehen (*).

²⁰ Burgenlandkroatisch.

²¹ Mährisches Kroatisch.

Limburgisch ²²	Niederlande	Teil II (Artikel 7)
Litauisch	Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Lulesamisch	Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Manx-Gälisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Mazedonisch	Rumänien Serbien	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7)
Meänkieli	Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Moldauisch	Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Niederdeutsch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)*
Niedersächsisch	Niederlande	Teil II (Artikel 7)
Niedersorbisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Nordfriesisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Nordsamisch	Finnland Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Obersorbisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Polnisch	Bosnien und Herzegowina Tschechische Republik Ungarn Rumänien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Rätoromanisch	Schweiz	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Romanes	Österreich Bosnien und Herzegowina Tschechische Republik Finnland Deutschland Ungarn Montenegro Niederlande Norwegen Polen Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Schweden Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)
Rumänisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien ²³ Ungarn Serbien Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Russisch	Armenien Finnland Polen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)

²² Gilt für Nordlimburgisch, Zentral- und Südlimburgisch sowie Ripuarisch/Westmitteledeutsch.

²³ Bajeschi-Rumänisch.

	Rumänien Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Ruthenisch	Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn Rumänien Serbien Slowakei Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Saterfriesisch	Deutschland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Schottisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Schottisch-Gälisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Schwedisch	Finnland	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Serbisch	Kroatien Ungarn Rumänien Slowenien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Skoltsamisch Ost-/Skoltsamisch	Finnland Norwegen	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Slowakisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Tschechische Republik Ungarn Polen Rumänien Serbien Ukraine	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Slowenisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Südsamisch	Norwegen Schweden	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Tatarisch	Finnland Polen Rumänien	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Tschechisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Polen Rumänien Serbien Slowakei	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Türkisch	Bosnien und Herzegowina Rumänien	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Ukrainisch	Armenien Bosnien und Herzegowina Kroatien Ungarn Polen	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)

	Rumänien Serbien Slowakei	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Ulster-Schottisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7)
Ungarisch	Österreich Bosnien und Herzegowina Kroatien Rumänien Serbien Slowakei Slowenien Ukraine	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Valencianisch	Spanien	Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)*
Walachisch	Serbien	Teil II (Artikel 7)
Walisisch	Vereinigtes Königreich	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Weißrussisch	Polen Ukraine	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Zyprisches Arabisch	Zypern	Teil II (Artikel 7)
Gesamt: Die Charta gilt für 79 Sprachen, die von 203 Minderheiten oder Sprachgemeinschaften gebraucht werden, von denen 72 nur unter Teil II und 124 unter die Teile II und III fallen. Die Sprachen von 7 Sprachgemeinschaften gehören zu beiden vorstehenden Kategorien, abhängig von der Region.

Anmerkung: In seiner Erklärung vom 30. November 2009 erklärt „Finnland ... in Bezug auf Artikel 7 Absatz 5, dass es sich verpflichtet, die in den Absätzen 1 bis 4 dieses Artikels enthaltenen Grundsätze auf Romanes, Karelisch [Hervorhebung im Original] und die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland sinngemäß anzuwenden.“ Allerdings hat Finnland „die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland“ nicht benannt.

Anhang 2

Unterschriften und Ratifizierungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen SEV Nr. 148
Vertrag aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und zum Beitritt durch Nichtmitgliedstaaten

Zeichnungsauflegung

Am: 5.11.1992

Inkrafttreten

Voraussetzung: 5 Ratifizierungen

Am: 1.3.1998

Stand: 1.1.2018

Mitgliedstaaten des Europarates

Staat	Zeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Anmerkungen	V.	E.	O.	T.	M.	Ew.
Albanien										
Andorra										
Armenien	11.5.2001	25.1.2002	1.5.2002			X				
Aserbaidshan	21.12.2001					X				
Belgien										
Bosnien und Herzegowina	7.9.2005	21.9.2010	1.1.2011			X				
Bulgarien										
Dänemark	5.11.1992	8.9.2000	1.1.2001			X			X	
Deutschland	5.11.1992	16.9.1998	1.1.1999			X				
Estland										
Finnland	5.11.1992	9.11.1994	1.3.1998			X				
Frankreich	7.5.1999					X				
Georgien										
Griechenland										
Irland										
Island	7.5.1999									
Italien	27.6.2000									
Kroatien	5.11.1997	5.11.1997	1.3.1998		X	X				
Lettland										
Liechtenstein	5.11.1992	18.11.1997	1.3.1998			X				
Litauen										
Luxemburg	5.11.1992	22.6.2005	1.10.2005							
Malta	5.11.1992									

„Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“	25.7.1996										
Republik Moldau	11.7.2002										
Monaco											
Montenegro	22.3.2005	15.2.2006	6.6.2006	56							
Niederlande	5.11.1992	2.5.1996	1.3.1998			X		X			
Norwegen	5.11.1992	10.11.1993	1.3.1998			X					
Österreich	5.11.1992	28.6.2001	1.10.2001			X					
Polen	12.5.2003	12.2.2009	1.6.2009			X					
Portugal											
Rumänien	17.7.1995	29.1.2008	1.5.2008			X					
Russische Föderation	10.5.2001										
San Marino											
Schweden	9.2.2000	9.2.2000	1.6.2000			X					
Schweiz	8.10.1993	23.12.1997	1.4.1998			X					
Serbien	22.3.2005	15.2.2006	1.6.2006	56		X					
Slowakei	20.2.2001	5.9.2001	1.1.2002			X					
Slowenien	3.7.1997	4.10.2000	1.1.2001			X					
Spanien	5.11.1992	9.4.2001	1.8.2001			X					
Tschechische Republik	9.11.2000	15.11.2006	1.3.2007			X					
Türkei											
Ukraine	2.5.1996	19.9.2005	1.1.2006			X					
Ungarn	5.11.1992	26.4.1995	1.3.1998			X					
Vereinigtes Königreich	2.3.2000	27.3.2001	1.7.2001			X		X			
Zypern	12.11.1992	26.8.2002	1.12.2002			X					

Nichtmitgliedstaaten des Europarates

Staat	Zeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Anmerkungen	V.	E.	O.	T.	M.	Ew.
-------	-----------	---------------	---------------	-------------	----	----	----	----	----	-----

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifizierung:	8
Gesamtzahl der Ratifizierungen/Beitritte:	25

Anmerkungen:

(56) Daten der Unterzeichnung und Ratifizierung durch den Staatenbund Serbien und Montenegro.
b: Beitritt – u: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung – na: Nachfolge – r: Unterzeichnung „ad referendum“. V.: Vorbehalte – E.: Erklärungen – O.: Obrigkeiten – T.: Territorialer Anwendungsbereich – M.: Mitteilungen – Ew.: Einwand. Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

Anhang 3

Vertragsstaaten der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und ihre Regional- oder Minderheitensprachen

Stand: 1. Januar 2018

Vertragsstaat ²⁴	Sprachen	Schutzumfang gemäß Charta (für die jeweilige Sprache geltende Artikel)
Armenien	Assyrisch Deutsch Griechisch Kurdisch Russisch Ukrainisch Jesidisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Bosnien und Herzegowina	Albanisch Tschechisch Deutsch Ungarisch Italienisch Ladino Polnisch Romanes Rumänisch Ruthenisch Slowakisch Slowenisch Türkisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Dänemark	Deutsch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Deutschland	Dänisch Niederdeutsch Niedersorbisch Nordfriesisch Romanes Saterfriesisch Obersorbisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Finnland ²⁵	Inarisamisch Karelisch Nordsamisch Romanes Russisch Skoltsamisch Schwedisch Tatarisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5)

²⁴ Liechtenstein und Luxemburg werden in dieser Tabelle nicht angeführt, da in diesen Ländern keine Regional- oder Minderheitensprache gesprochen wird.

²⁵ **Anmerkung:** In seiner Erklärung vom 30. November 2009 erklärt „Finnland ... in Bezug auf Artikel 7 Absatz 5, dass es sich verpflichtet, die in den Absätzen 1 bis 4 dieses Artikels enthaltenen Grundsätze auf Romanes, Karelisch [Hervorhebung im Original] und die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland sinngemäß anzuwenden.“ Allerdings hat Finnland „die anderen nicht territorial gebundenen Sprachen in Finnland“ nicht benannt.

	Jiddisch	Teil II (Artikel 7.5)
Kroatien	Tschechisch Deutsch Ungarisch Bajeschi-Rumänisch Istrorumänisch Italienisch Ruthenisch Serbisch Slowakisch Slowenisch Ukrainisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Montenegro	Albanisch Bosnisch Kroatisch Romanes	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Niederlande	Friesisch Limburgisch ²⁶ Niedersächsisch Romanes Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7.5)
Norwegen	Kvenisch/Finnisch Finnisch Lulesamisch Nordsamisch Romanes Ost-/Skoltsamisch Südsamisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Österreich	Burgenlandkroatisch Tschechisch Ungarisch Romanes Slowakisch Slowenisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* ²⁷ Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)*
Polen	Armenisch Weißrussisch Tschechisch Deutsch Karaimisch Kaschubisch Lemkisch Litauisch Romanes Russisch Slowakisch Tatarisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)

²⁶ Gilt für Nordlimburgisch, Zentral- und Südlimburgisch sowie Ripuarisch/Westmitteledeutsch.

²⁷ In einigen Teilen des Staates wird die genannte Sprache nur von Teil II geschützt, während sie in anderen Teilen auch unter Teil III fällt. In der vorliegenden Tabelle sind diese Fälle mit einem Sternchen versehen (*).

Rumänien	Albanisch Armenisch Bulgarisch Kroatisch Tschechisch Deutsch Griechisch Ungarisch Italienisch Mazedonisch Polnisch Romanes Russisch Ruthenisch Serbisch Slowakisch Tatarisch Türkisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Schweden	Finnisch Lulesamisch Meänkieli Nordsamisch Romanes Südsamisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7.5)
Schweiz	Frankoprovenzalisch Französisch Deutsch Italienisch Rätoromanisch Jenisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Serbien	Albanisch Bosnisch Bulgarisch Bunjewakisch Kroatisch Tschechisch Deutsch Ungarisch Mazedonisch Romanes Rumänisch Ruthenisch Slowakisch Ukrainisch Walachisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Slowakei	Bulgarisch Kroatisch Tschechisch Deutsch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)

	Ungarisch Polnisch Romanes Ruthenisch Ukrainisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)
Slowenien	Kroatisch Deutsch Ungarisch Italienisch Romanes Serbisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)
Spanien	Aragonesisch Aranesisch Asturisch Baskisch Katalanisch Galicisch Leonesisch Valencianisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)* Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) oder Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)*
Tschechische Republik	Mährisches Kroatisch Deutsch Polnisch Romanes Slowakisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Ukraine	Weißrussisch Bulgarisch Krimtatarisch Gagausisch Deutsch Griechisch Ungarisch Karaimisch Krimtschakisch Moldauisch Polnisch Romanes Rumänisch Russisch Ruthenisch Slowakisch Jiddisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Ungarn	Armenisch Beasch Bulgarisch Kroatisch Deutsch Griechisch Polnisch Romanes Rumänisch Ruthenisch	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7)

	Serbisch Slowakisch Slowenisch Ukrainisch	Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7.5)
Vereinigtes Königreich	Kornisch Irish Manx-Gälisch Schottisch Schottisch-Gälisch Ulster-Schottisch Walisisch	Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14) Teil II (Artikel 7) Teil II (Artikel 7) und Teil III (Artikel 8–14)
Zypern	Armenisch Zyprisches Arabisch	Teil II (Artikel 7.5) Teil II (Artikel 7)